

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Postämter und die Anzeiger für das Erzgebirge entgegen. — Erscheint wochentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Verlagsanstalt: Die Anzeiger für das Erzgebirge, Postfach 20, Plauen, i. V. a. M. Verleger: Emil Maier, Plauen, i. V. a. M. Druck: Emil Maier, Plauen, i. V. a. M.

Telegramme: Auer Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Auer Leipzig Nr. 1000

Nr. 191

Dienstag, den 16. August 1932

27. Jahrgang

Hindenburgs Mahnung:

Heran an die Arbeitslosenfrage!

Der Reichspräsident wünscht Arbeit an den notwendigsten Aufgaben

Berlin, 13. Aug. Amtlich wird mitgeteilt: Der Herr Reichspräsident brachte vor seiner Abreise nach Neudeck gegenüber dem Reichskanzler, der sich von ihm verabschiedete, zum Ausdruck, daß, nachdem nunmehr Klarheit über die politische Lage geschaffen sei, mit der größten Beschleunigung die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorwiegendsten Aufgaben gefördert werden müßten. Der Herr

Reichspräsident erklärte hierbei dem Reichskanzler, daß er seiner tatkräftigen Unterstützung bei der Erledigung dieser Aufgaben gewiß sein könne.

Der Reichspräsident nach Neudeck abgereist

Berlin, 13. Aug. Der Herr Reichspräsident hat heute Abend 7.31 Uhr mit dem fahrplanmäßigen Dampferzug Berlin verlassen, um sich für einige Zeit wieder nach Neudeck zu begeben.

der Reichsbank ausgenommen werden sollen. Das Wirtschaftsprogramm sehe u. a. eine organisatorische Umgestaltung der Arbeitslosenfürsorge, eine Entlastung der Wirtschaft durch Erleichterung von Auflagen und eine Lockerung der Tarifpolitik vor.

Die Darstellung der NSDAP.

Berlin, 13. Aug. Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. teilt mit: „Der Führer wurde heute zu Besprechungen zum Reichskanzler v. Papen und im Anschluß daran zu Reichspräsident v. Hindenburg gebeten. Auf die ihm vorgelegten Fragen, ob er und die Partei bereit seien, in eine Regierung v. Papen zur Mitarbeit einzutreten, erklärte der Führer: Wir sind gewillt und entschlossen, die volle Verantwortung für die deutsche Politik in jeder Beziehung zu übernehmen, wenn man uns dafür die eindeutige Führung der Regierung anvertraut. Ist das nicht der Fall, so kann die nationalsozialistische Bewegung auch an der Macht noch an der Verantwortung teilnehmen.“

Zu dem amtlichen Communiqué über die Zusammenkunft Hitler-Hindenburg-Papen, das in manchen Punkten nicht unbedeutende Unrichtigkeiten enthält, wird die NSDAP. noch Stellung nehmen.

Pariser Blätterstimmen

Paris, 14. August. Die Blätter veröffentlichen ausführliche Berichte über die gestrigen Verhandlungen der Reichsregierung mit Hitler. „Coe Nouvelle“ erklärt, angesichts der existenzbedingenden Forderungen Hitlers war keine andere Wahl mehr möglich. Im Interesse des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit ist es zu begrüßen, daß der Reichspräsident mit Hitler gebrochen hat. „Quotidien“ meint, Hitler habe die einzige Chance, ohne Blutvergießen zu Ehren und Macht zu gelangen, verloren und sei offensichtlich zu weit gegangen.

Einen historischen Tag nennt „Le Temps“ den 15. August, an dem Hitler selber die Tür zugeschlagen habe, durch die er auf regulärem Wege zur Beteiligung an der Regierung zu gelangen hoffen konnte. Dieses Ereignis sei von Bedeutung nicht nur für die innerpolitische Entwicklung Deutschlands, sondern sogar für die europäische Ordnung. Wenn Hitler an die Regierung gekommen wäre, sei es auch nur um in Form einer einfachen Beteiligung an einem Präsidialkabinett, das dem Einfluß der Nationalsozialisten weitgehend hätte Rechnung tragen müssen, wäre dies innen- und außenpolitisch in jeder Hinsicht verhängnisvoll gewesen. Dem Wesen ihrer Vergangenheit entsprechend, in der die absolute Diktatur und die Politik der Hauptstraße spielen, hätten die Nationalsozialisten sich nur durch die absolute Diktatur ihrer Partei durchsetzen können. Hitler habe mit seinen Bemühungen Schiffbruch erlitten, und ihm bleibe nur noch die Wahl einer regulären Mission im Parlament und dem Gewaltstreik. Jedenfalls bleibt das politische Problem Deutschlands nach wie vor im vollen Umfange bestehen und erst die Stellungnahme der Reichsregierung beim Zusammentritt des Reichstages dürfte Klarheit schaffen. „Journal des Debats“ erklärt, man schreibe Hitler kriegerische Bemerkungen zu. Aber das alles seien leere Worte. Während er mit seinen Anhängern berate, also das Gegenteil von Handeln tue, habe die Regierung ihre Entscheidungen getroffen und damit alle diejenigen für sich gewonnen, die in Deutschland dem Gehörten, der zu befehlen wisse. „Liberté“ hält die Position der Nationalsozialisten für kompromittiert. Eine offene Revolte würde zum Zusammenbruch führen.

Differenzen zwischen Reichsregierung und Reichsbank?

Berlin, 14. August. Ueber Differenzen zwischen Reichsregierung und der Reichsbank will der Duzenbergsche „Montag“ folgendes wissen:

Schon für die letzte Woche vor den Reichstagswahlen hatte man mit der Veröffentlichung des großen Wirtschaftsprogramms gerechnet. Die Reichsregierung hatte auch die Absicht, schon damals mit ihrem Programm vor die Öffentlichkeit zu treten, ihre Pläne wurden aber dadurch vereitelt, daß die Hauptkernpunkte, nämlich die Finanzierung des Programms, nicht schnell behoben werden konnte. Die Reichsbank weigerte sich, die notwendigen Kredite zu geben. Die gleiche Schwierigkeit besteht auch heute noch, denn, wie es heißt, macht auch heute noch die Reichsbank Schwierigkeiten, das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung zu finanzieren. Da aber ein anderer Weg so gut wie ausgeschlossen ist, wird der erste Schritt der Regierung in der kommenden Woche sein, die Reichsbank durch geeignete Maßnahmen zu veranlassen, ihren bisherigen Standpunkt zu ändern.

Der baltische Innenminister gestorben

Riga, 14. Aug. Der baltische Innenminister Emil Maier ist heute Vormittag 10¹⁵ Uhr nach längerem schweren Leiden im Krankenhaus gestorben.

Das Nein Hindenburgs

Die Verhandlungen zwischen dem Reichspräsidenten und Hitler

Berlin, 14. Aug. Reichspräsident von Hindenburg empfing Sonnabend nachmittag, wie wir schon kurz in der Sonntagsausgabe und auch durch Sonderblatt mitteilten, in Gegenwart des Reichskanzlers von Papen den Führer der NSDAP., Adolf Hitler, zu einer Besprechung über die politische Lage und die Frage einer Umbildung der Reichsregierung. Der Reichspräsident richtete an Hitler die Frage, ob er bereit sei, selbst, sowie mit anderen geeigneten Persönlichkeiten der NSDAP. in die von dem Reichskanzler von Papen geleitete Regierung einzutreten. Herr Hitler verneinte dies und stellte an den Herrn Reichspräsidenten die Forderung, ihm die Führung der Reichsregierung und die gesamte Staatsgewalt in vollem Umfang zu übertragen. Reichspräsident von Hindenburg lehnte diese Forderung sehr bestimmt mit der Begründung ab, daß er es mit seinem Gewissen und seinen Pflichten dem Vaterlande gegenüber nicht verantworten könne, die gesamte Regierungsgewalt

ausschließlich der nationalsozialistischen Bewegung zu übertragen, da sie diese Macht einseitig anzuwenden gewillt sei. Er bedauere, daß Herr Hitler sich nicht in der Lage sehe, entsprechend seiner vor den Reichstagswahlen abgegebenen Erklärung, eine von dem Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten gestützte nationale Regierung zu unterstützen. Die Aussprache schloß ab dann mit einer ernsten Ermahnung des Herrn Reichspräsidenten an Hitler, die von ihm angeführte Opposition der NSDAP. ritterlich zu führen und seiner Verantwortung vor dem Vaterlande und vor dem deutschen Volke bewußt zu bleiben.

Vor dem Empfang bei dem Herrn Reichspräsidenten hatte im Laufe des Vormittags eine Aussprache des Reichskanzlers mit Herrn Hitler stattgefunden. In dieser Aussprache hatte sich der Reichskanzler erboten, dem Herrn Reichspräsidenten Herrn Hitler als Vizekanzler in der gegenwärtigen Regierung vorzuschlagen, und ferner einige weitere geeignete Persönlichkeiten aus der nationalsozialistischen Bewegung mit wichtigen politischen und fachlichen Ministerien zu betrauen, um dieser Bewegung einen ihrer Stellung entsprechenden Einfluß auf die Staatsführung einzuräumen.

Nach dem Scheitern

Was wird nun?

Berlin, 13. Aug. Das negative Ergebnis, mit dem der Empfang Adolf Hitlers beim Reichspräsidenten abgeschlossen hat, war für die politischen Kreise der Reichshauptstadt keine Ueberraschung. Dieser Ausgang stand eigentlich schon heute mittag fest, nur hatten die amtlichen Stellen das begriffliche Bedürfnis, auch die letzte Möglichkeit einer Verständigung auszuschöpfen. Daß sie nicht gelungen ist, wird in den Kreisen der Reichsregierung außerordentlich bedauert. Man überflieht nicht, daß der Reichskanzler die Urne wirklich weit aufgemacht habe, um den Führer der nationalsozialistischen Bewegung und eine aktive und positive Mitarbeit am nationalen Wiederaufbau zu ermöglichen. Adolf Hitler hat in dieser entscheidenden Stunde geglaubt, sich verlagen zu müssen. Das Bedauern darüber ist in politischen Kreisen umso lebhafter, als es die Regierung Papen gewesen ist, die durch die Auflösung des Reichstages, die Aufhebung des SA-Verbotes und die Freigabe des Rundfunks auch für die nationalsozialistische Bewegung sehr viel getan hat, um die Annäherung des Nationalsozialismus an den Staat zu fördern. Diese Linie sollte heute zu einem gewissen Abschluß gebracht werden, indem auch den Nationalsozialisten Gelegenheit zu einer maßgeblichen Beteiligung an der Führung des Reiches geboten wurde. Das war der Sinn der Verhandlungen, die nun gescheitert sind.

In politischen Kreisen beschäftigt man sich nun natürlich mit der Frage, wie die Entwicklung jetzt weitergehen werde. In der Wilhelmstraße wird betont, daß das Reichskabinett in seiner bisherigen Zusammenfassung weiterarbeiten werde, um die drängenden nationalen Fragen zu lösen. Es ist selbstverständlich, daß die Reichsregierung dafür sorgen wird, daß Ruhe und Ordnung aufrechterhalten bleiben. Nicht nur der Reichskanzler, sondern auch der Reichspräsident dürften bei den heutigen Besprechungen mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen haben, daß er gewillt und in der Lage sei, jeden Versuch einer gewalttätigen Neuordnung der Verhältnisse zurückschlagen. Derartige Behauptungen sind aber wohl auch absolut abwegig, denn von Hitler selbst ist mit Bestimmtheit erklärt worden, er denke nicht daran, Aktionen, wie einen Marsch nach Berlin oder dergleichen, zu unternehmen.

Mit Spannung wird man nun der kommenden Reichstagsitzung entgegensehen. Die Möglichkeit einer parlamen-

tarischen Wehrheitsbildung wird in politischen Kreisen recht skeptisch eingeschätzt, und zwar schon deshalb, weil die Argumentation und Ideologie des Nationalsozialismus als Bewegung eine parteimäßige Koalitionsbildung ausschließt. Was weiter wird, wenn es im Reichstage zu den zu erwartenden Mißtrauensvoten kommt, wird von den verantwortlichen Stellen überlegt. Es wäre durchaus denkbar, daß der Reichstag erneut aufgelöst wird. Das aber sind Möglichkeiten, die sich erst am Ende dieses oder Anfang des nächsten Monats übersehen lassen werden.

Bermutungen zum kommenden Regierungsprogramm

Berlin, 15. August. Offenbar anknüpfend an die Ausführungen des Reichsinnenministers anläßlich der Verfassungsfeier und die Aeußerung des Reichspräsidenten von Hindenburg über die Notwendigkeit beschleunigter Erledigung der zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erforderlichen Maßnahmen ergeben sich die Montagsblätter in Vermutungen über die Einzelheiten des kommenden Regierungsprogramms.

Die „Montagspost“ berichtet, daß bereits heute eine Reihe von Ministerbesprechungen und Kabinettsitzungen beginnen solle. Der „Montagsmorgen“ glaubt in der Lage zu sein, Einzelheiten über das Kabinettsprogramm mitteilen zu können. Er will erfahren haben, daß dieses Programm, mit dem die Regierung am 30. August vor den Reichstag treten wolle, im wesentlichen vier Punkte umfassen werde. In einer Gesetzesvorlage über die Reichsreform solle neben Vereinfachung des Verwaltungsapparates zwischen Reich und Provinzen die Frage der Wahlreform enthalten sein. Ebenso werde der Gedanke einer Ersten Kammer verankert sein. Dann werde der Reichstag Stellung zu nehmen haben zu Gesetzen über die Arbeitslosenversicherung, über eine neue Finanzreform und endlich über Vorschläge zur Wirtschaftsreform, Siedlung und Arbeitsbeschaffung. Die Reichsregierung werde, wie das Blatt weiter vermutet, jeden dieser Programmpunkte mit der Vertrauensfrage verbinden.

Der „Montag“ glaubt diese Konjekturen durch Mitteilungen über angebliche Gründe der Verzögerung ergänzen zu können, die die Veröffentlichung des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung betreffen habe. Seiner Ansicht nach hätten sich Schwierigkeiten in der Finanzierungsfrage ergeben, da die Reichsbank sich geweigert habe, die notwendigen Kredite zu geben und ein anderer Weg der Geldbeschaffung so gut wie ausgeschlossen sei. Das Blatt will wissen, daß Verhandlungen zur Bekämpfung dieser Schwierigkeiten zu Beginn der Woche zwischen der Regierung und